



## Morsleben - was geht uns das an?

**Morsleben wurde von der DDR als Endlager bestimmt**

Ähnlich wie in der Bundesrepublik hielten scheinbar auch die Wissenschaftler der DDR in den 60er Jahren Salz – wegen seiner „guten Fließigenschaften“ - als Wirtsgestein für Atom- müll für die optimale Lösung. Heute wissen wir, insbesondere nach den Erfahrungen mit der Asse II, dass dies ein Irrweg war. Ein Blick auf die Landkarte der Atommülllager lässt vielmehr den Schluss zu, dass es bei der Standortwahl um einen politischen Rache-Akt gegen den ehemaligen „Klassenfeind“ ging: Morsleben liegt nur 3 Kilometer von der ehemaligen innerdeutschen Grenze entfernt und entwässert über das Aller- tal nach Südostniedersachsen.

### **Morsleben ist nach dem deutschen**

### **Atomgesetz nicht genehmigungsfähig**

Mit der Wiedervereinigung fiel die Anlage am 03.10.1990 unter das bundesdeutsche Atomrecht und die geltende Strahlenschutzverordnung. Die Gruppe Ökologie erstellte im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad bereits 1991 eine Schwachstellenanalyse, die zum Ergebnis hatte, dass das ehemalige Salzbergwerk auf Grund der Instabilität, des hohen Durchbaugrades und der Laugenzutritte nicht zur weiteren Nutzung zur Verfügung stehen dürfe. Dem zu Folge hätte man Morsleben sofort schließen müssen.

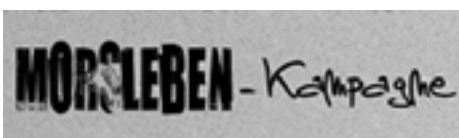
Über alle Bedenken setzte sich die damalige Bundesumweltministerin Angela Merkel hinweg und erteilte dem Land Sachsen-Anhalt eine Weisung zur weiteren Einlagerung von Atom- müll. Während die DDR in den Betriebsjahren 1971-1989 rund 14.000 Kubikmeter nach Morsleben gebracht hatte, schaffte es die Bundesrepublik in nur 4 Jahren auf gut 22.000 Kubikmeter, bis ein Gerichtsurteil 1998 jede weitere Einlagerung untersagte.

### **Morsleben ist Zwischenlager für**

### **atomare Abfälle**

Für einen Teil der eingelagerten Atomabfälle gab und gibt es keine Endlager-Genehmigung, sondern nur Teilgenehmigungen für rückholbare Einlagerungen, Zustimmungen zum „Probebetrieb“, für „Industrieversuche“ und für die Zwischenlagerung. Wenn die Anlage jetzt nach den Plänen des BfS stillgelegt und mit Beton verfüllt wird, wird Morsleben per Planfeststellungsbeschluss im wahrsten Sinn des Wortes zum Endlager „zementiert“.

Auch rückholbare Abfälle, wie einzelne Strah-



Noch bis zum 19. Dezember sammelt die „Morsleben-Kampagne“ weltweit Einwendungen gegen die Schließung des Atommüllagers Morsleben nach Plänen des BfS. Vordrucke für Sammeleinwendungen gibt es unter: [www.morsleben-kampagne.de](http://www.morsleben-kampagne.de) und im BI-Büro in Lüchow.

lenquellen und ein Radium-Fass – die zusammen insgesamt 80% des radioaktiven Strahlung ausmachen - sollen laut Plänen des BfS im Berg verbleiben und sich selbst und der Nachwelt überlassen werden. Eine Umgebungsüberwachung ist im Stilllegungskonzept derzeit nicht vorgesehen.

### **Morsleben soll über 10 Jahre nach der letzten Einlagerung stillgelegt werden**

Stilllegungskonzept – das hört sich zunächst

vernünftig an, doch statt unter Tage ordentlich aufzuräumen, möchte das BfS hier die Probleme wohl lieber für immer unter den Teppich kehren?

Der unabdingbare Langzeitsicherheitsnachweis ist bis heute nicht erbracht, soll jetzt aber vom Bundesamt für Strahlenschutz „erzeugt“ werden\*.

Das Konzept besteht derzeit lediglich darin, die „Fehler“ der Vergangenheit zu zementieren und das Bergwerk zuzuschütten.

### **Das dürfen wir nicht dulden!**

Derzeit gibt es die Möglichkeit, mit einer schriftlichen Einwendung oder einer unterschriebenen Sammeleinwendung das Umweltministerium in Sachsen-Anhalt aufzufordern, das Schließungskonzept des BfS nicht zu akzeptieren. Je mehr Menschen sich beteiligen, desto größer ist der politische Druck in der Öffentlichkeit.

Beteiligt Euch an der Einwendungskampagne und zeigt den Verantwortlichen in Politik und Ämtern, dass sie mit ihren Scheinlösungen nicht durchkommen!

Silke Westphal für die Morsleben-Kampagne

\* Zitat: Dr. Michael Hoffmann (BfS) bei einer Info-Veranstaltung im Helmstedt „Quellenhof“ am 23.10.2009

## Stand der Dinge

In dieser Randspalte wird in kurzen Worten erklärt, in welchem Ausbaustadium sich die verschiedenen Anlagen befinden.

### Faßlager

Die Einlagerung von schwach- und mittelaktivem Müll in Fassgebunden begann 1984. Ende der 80er Jahre wurden Fässer mit ungeklärtem Inhalt aus der belgischen Atomschmiede Mol entdeckt („Transnuklearskandal“). 1.296 Gebinde mussten wegen des Drucks der atomkritischen Öffentlichkeit aus Gorleben wieder entfernt werden. Entdeckt wurden darüberhinaus Korrosionsschäden und „Blähfässer“ (Gasentwicklung). Messberichte der Brennelementlagergesellschaft (BLG) belegten z.B. einen Anstieg der Radioaktivität bei sommerlichen Außentemperaturen, was die Gasbildung „anheizt“. Auf Druck der Fachgruppe Radioaktivität der BI musste das Umgebungsüberwachungssystem der BLG nachgebessert werden. Ende 1995 wurde genehmigt, das zulässige Radioaktivitätsinventar des Lagers um das 1000-Fache zu erhöhen. Hintergrund ist die Absicht, bitumierte radioaktive Abfälle aus der französischen WAA Cap de La Hague und mittelaktive Komponenten in Gorleben einzulagern.

### CASTOR-Halle

Die oberirdische Castor-Halle bietet Platz für 420 Behälter. Elfeinhalb Jahre konnte die Einlagerung von hochradioaktiven, abgebrannten Brennelementen verhindert werden. Am 25. April 1995 wurde der erste Castor (Cask for the storage of radioactive material) von 16.000 Polizisten gegen den Widerstand weiter Bevölkerungskreise nach Gorleben transportiert. Seit Ende Mai 1995 darf auch hochaktiver, verglaster Müll aus der Wiederaufarbeitung (in Form von Kokillen) eingelagert werden. Außerdem wurde die Kapazität von 1.500 t Müll auf 3.800 t erhöht, und das alles auf der gleichen Grundfläche. Ein erster Kokillentransport folgte am 8. Mai 1996. Diesmal traten 18.000 Beamte an, um den Transport durchzusetzen. Vorläufiger Höhepunkt war die Anlieferung eines „Sixpack“ (sechs Behälter zu einem Transportvorgang gebündelt) Anfang März 1997. Die Kosten für den Polizeieinsatz – 30.000 Beamte waren unterwegs – summierten sich auf 111 Mio. DM. Danach scheiterte ein weiterer Versuch über den Bahnhof Arendsee (Sachsen-Anhalt) am anhaltenden Widerstand. Dieser Umweg musste gewählt werden, weil eine Bahnbrücke bei Seerau/ Hitzacker sich

# Störfall als Sicherheitsnachweis

## Zwischenfall im Castorlager Gorleben.

**Gleich zweimal versagte das Überwachungssystem im Zwischenlager Gorleben, doch die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) interpretiert die Störfälle als Sicherheitsnachweis.**

Eine absurde Argumentation, die an die hilflose Informationspolitik des Krümmel-Betreibers Vattenfall erinnert. Dort wie hier in Gorleben wird von der Störanfälligkeit der Nukleartechnologie abgelenkt und das Funktionieren des Sicherheitssystems selbst dann noch gelobt, wenn gleich nach einer Reparatur der gleiche Störfall noch einmal eintritt.

Am Samstag um 13:35 Uhr wurde vom Behälterüberwachungssystem im Zwischenlager Gorleben die Meldung 'Sperrdruck tief' ausgelöst. Diese Anzeige bezog sich nach Angaben der GNS auf den CASTOR HAW 20/28 CG-Behälter mit der Seriennummer 69, der im November 2005 angeliefert wurde. Nach der Reparatur unter den Augen der Aufsichtsbehörde trat am Sonntag der gleiche Defekt noch einmal auf.

Da hat die Aufsichtsbehörde aber gut aufgepasst. Zum Glück war nur das Überwachungssystem bei einem Castorbehälter defekt und nicht die Deckeldichtung, doch auch wenn keine zusätzliche Radioaktivität frei gesetzt wurde, beim Hantieren, bei der Reparatur und Prüfung des Behälters ist zumindest das Personal zusätzlicher Strahlung exponiert.

Das Ganze stellte sich später als zweimaliger Fehlalarm heraus. Die Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS), die das

Zwischenlager betreibt, erklärte am Montag, dass lediglich ein Druckschalter im Behälterdeckel defekt war, ansonsten aber alles in Ordnung sei.

Im Zwischenraum zwischen dem ersten und dem zweiten Deckel der Castor-Behälter wird beim Verschließen ein Gas mit einem Überdruck von 6.000 Hektopascal eingefüllt. Sinkt dieser Überdruck erheblich ab, zeigt dies ein Entweichen des Gases an. Dann ist normalerweise zumindest eine der beiden Deckeldichtungen defekt.

Gemessen wird der Druck durch einen Schalter, der nach Angaben von GNS bei dem vorgesehenen Überdruck einen Stromkreis schließt. Wird der Stromkreis unterbrochen, meldet das Überwachungssystem automatisch "Sperrdruck tief".

Messungen an dem Behälter ergaben laut GNS, dass zwischen den beiden Deckeln trotz Alarm ein Überdruck von 5.800 Hektopascal herrschte. Die Meldung "Sperrdruck tief" dürfte aber erst ab 3.000 Hektopascal ausgelöst werden.

Im Transportbehälterlager Gorleben lagern derzeit 86 Castor-Behälter mit Glaskokillen sowie 5 Behälter mit abgebrannten Brennelementen. Im Herbst 2010 wird der nächste Castortransport im Wendland erwartet. Nach dem Beschluss der schwarz-gelben Bundesregierung, das Endlagermatorium in Gorleben aufzuheben, wird sich der Konflikt um die Nutzung der Atomkraft und die Errichtung eines Endlagers in Gorleben zuspitzen.

Wolfgang Ehmke

# Türöffner für eine Endlagerung zu Lasten späterer Generationen

## BI Umweltschutz Lüchow Dannenberg e.V. zur Konrad-Entscheidung

**Das Bundesverfassungsgericht hatte eine Verfassungsbeschwerde der Konrad-Gegner abgewiesen. Die Gefahr von Schäden für spätere Generationen bei der Einrichtung der geplanten Atommülldeponie in dem ausgedienten Erzbergwerk könne nicht mit einer Verfassungsbeschwerde geltend gemacht werden.**



Atomkraftgegner an den Endlagerstandorten, die seit Jahren eng vernetzt zusammen arbeiten, reagieren entsetzt und kündigen Aktionen an. "Selbstverständlich werden wir die Konrad-Gegner bei ihren politischen Aktionen solidarisch unterstützen," kündigte die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) an. Dass die Verfassungsrichter den Fall abschmettern, sei auf dem Hintergrund der havarierten Atommüllendlager Asse II und Morsleben wirklichkeitsfremd.

Die obersten Richter folgten mit der Nichtannahme des Falls der Linie des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg, das vor drei Jahren in seinem Schacht-Konrad-Urteil Kritik an

der Langzeitsicherheit der Atommüllkippe mit dem Satz zurückgewiesen hatte: "Die heute Lebenden können auch ein Recht auf den Schutz künftiger Generationen oder Institutionen nicht gerichtlich geltend machen."

"Einerseits wurden Sicherheitsanforderungen des Bundesumweltministeriums jüngst so ausgewiesen, dass die Strahlenbelastung bei einem Störfall bei einem Anwohner von Tausend Krebs verursachen darf, andererseits dürfen Anwohner nicht einmal geltend machen, dass künftige Generationen vor der Strahlenbelastung geschützt werden dürfen - das ist absurd", kritisiert die BI. Ihr Sprecher Wolfgang Ehmke entgegnet: "Das ist der Türöffner für eine Endlagerung zu Lasten späterer Generationen."

Erst im Sommer hatten die Gorleben-Gegner und Medien aufgedeckt, dass in Gorleben, sollte dort hochradioaktiver Abfall in Salzgestein gelagert werden, nach behördeninternen Berechnungen bereits nach 570 Jahren bzw. 1170 Jahren kontaminierte Wässer an der Oberfläche auftreten können.

Unterdessen demonstrierten am Sonntagmittag erneut 60 Gorleben-Gegner mit musikalischer Begleitung durch eine Sambagruppe die Festungsmauern des "Erkundungsbergwerks" Gorleben: "Solidarisches Handeln wie jetzt im Falle des Schachts Konrad ist gefordert, wir aber werden uns auf allen Ebenen gegen derartige Freibriefe für die potentielle Verseuchung von Landstrichen und die Gefährdung von Menschenleben im Interesse der Atomwirtschaft zur Wehr zu setzen wissen."

Wolfgang Ehmke

# (K)Eine Chance für die Atomkraft

Wochen haben die CDU/CSU und FDP Zeit gehabt, sich über die künftige Energiepolitik zu verständigen. Herausgekommen ist ein Torso. Statt eines belastbaren Konzepts,

wie Energie- und Klimapolitik zusammengehen, wird lediglich die Aufhebung der Laufzeitbegrenzung für Atomkraftwerke beschworen. Doch das erschrickt uns nicht, denn in den acht Jahren, in denen unter Rot-Grün und Schwarz-Rot der angebliche Atomausstieg stattfinden sollte, hat es

## "Überblick über die umweltrelevanten Formulierungen im Koalitionsvertrag (...)

### Kernenergie

Die Kernenergie ist eine Brückentechnologie, bis sie durch erneuerbare Energien 1020 verlässlich ersetzt werden kann. Andernfalls werden wir unsere Klimaziele erträgliche Energiepreise und weniger Abhängigkeit vom Ausland, nicht erreichen. Dazu sind wir bereit, die Laufzeiten deutscher Kernkraftwerke unter Einhaltung der strengen deutschen und internationalen Sicherheitsstandards zu verlängern. Das Neubauverbot im Atomgesetz bleibt bestehen. In einer möglichst schnell zu erzielenden Vereinbarung mit den Betreibern werden zu den Voraussetzungen einer Laufzeitverlängerung nähere Regelungen getroffen (u. a. Betriebszeiten der Kraftwerke, Sicherheitsniveau, Höhe und Zeitpunkt eines Vorteilsausgleichs, Mittelverwendung zur Erforschung vor allem von erneuerbaren Energien, insb. von Speichertechnologien). Die Vereinbarung muss für alle Beteiligten Planungssicherheit gewährleisten.

### Nukleare Endlagerung

Eine verantwortungsvolle Nutzung der Kernenergie bedingt auch die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle. Wir werden deshalb das Moratorium zur Erkundung des Salzstockes Gorleben unverzüglich aufheben, um ergebnisoffen die Erkundungsarbeiten fortzusetzen. Wir wollen, dass eine International Peer Review Group begleitend prüft, ob Gorleben den neuesten internationalen Standards genügt. Der gesamte Prozess wird öffentlich und transparent gestaltet.

Die Endlager Asse II und Morsleben sind in einem zügigen und transparenten Verfahren zu schließen. Dabei hat die Sicherheit von Mensch und Umwelt höchste Priorität. Die Energieversorger sind an den Kosten der Schließung der Asse II zu beteiligen.

Mit Blick auf Endlagerstandorte setzen wir uns für einen gerechten Ausgleich für die betroffenen Regionen ein, die eine im nationalen Interesse bedeutsame Entsorgungseinrichtung übernehmen."



nur zwei kleinere Kraftwerke gegeben, die stillgelegt wurden, Obrigheim und Stade, unter anderem weil deren Nachrüstung viel zu teuer geworden wäre. Von der Wahlaussage, dass die AKW-Betreiber von ihren Extragewinnen bei verlängerten Laufzeiten einen Abgabe zur Förderung der Erneuerbaren Energien zu entrichten hätten, sei nichts geblieben, erst recht nicht die Aussicht auf die Senkung von Strompreisen.

Jetzt stehen aber einige "Brocken" an, denn ob die Nachrüstung der Reaktoren aus den siebziger Jahren - dazu gehören die Siedewasserreaktoren Brunsbüttel, Isar I, Philippsburg und Krümmel sowie die Druckwasserreaktoren Biblis A und B, Neckarwestheim I und Unterweser - sich rechnet, ist mehr als zweifelhaft. Wir wagen die Prognose: der Atomausstieg wird unter Schwarz-Gelb Fahrt aufnehmen. So wie die Proteste gegen den blanken Lobbyismus schon lange in Fahrt gekommen ist.

Passend zu Torso und Lobbyismus wurde mit Norbert Röttgen (CDU) ein Umweltminister ausgeguckt, der 2007 gern beim Bundesverband der Industrie als Hauptgeschäftsführer angeheuert hätte, aber diesen Job nicht antrat, weil er - gegen seinen anfänglichen Widerstand - sein Bundestagsmandat hätte aufgeben müssen.

Wolfgang Ehmke

für die tonnenschwere Last der Behälter als nicht mehr tragfähig erwies. - Im März 2001 wurden die Transporte wieder aufgenommen, jetzt übernahm Rot-Grün das Kommando. Im November folgte im Schatten des 11. September ein weiterer Transport. Die Kosten für die Bewachung sind immer noch ein Ärgernis, so dass seit November 2002 immer 12 Behälter angeliefert werden. Auf 420 Stellplätzen verlieren sich noch die 91 Castoren. Aber jeder Behälter, der in der zügigen Halle steht, zementiert Gorleben als Endlagerstandort.

### Pilotkonditionierungsanlage (PKA)

In der PKA soll getestet werden, wie hochaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann. Da ein Endlager in Gorleben jedoch fraglich ist und eine entsprechende Konditionierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig Sinn macht, soll die 800 Mio. DM teure Investitionsruine einem anderen Zweck zugeführt werden: als heiße Reparaturzelle für kaputte Castoren. Die 3. Teilgenehmigung für die umfunktionierte PKA ist Anfang Dezember 2000 erfolgt. Damit verzögerte sich deren Inbetriebnahme bereits um 5 Jahre. Für den Widerstand war das grüne Licht für die PKA jedoch der Elchtest für den Ausstiegswillen von Rot-Grün: Der heiße Betrieb wurde jedoch noch nicht aufgenommen.

### Endlagerbergwerk

Die Eignung des Gorlebener Salzstocks, der ab dem Jahr 2030 als Endlager für alle Arten von Atommüll dienen soll, wird seit Jahren von namhaften Geologen bestritten: 1987 krachte ein Schacht beinahe in sich zusammen, permanente Wassereinträge beim Abteufen begleiteten den Ausbau des Endlagers, der getarnt als „Erkundungsbergwerk“ bisher nach Bergrecht und unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorangetrieben wurde. Lediglich der in seinen Salzrechten tangierte Atomkraftgegner Andreas Graf von Bernstorff konnte von seinem Klagerecht Gebrauch machen. Inzwischen ist mit der Salinas Salz GmbH ein wirtschaftlich ernstzunehmender Gegenspieler für die Endlagerbauer auf dem Plan.

Schwarz-Rot wollte offenbar keinen Abbruch des Projekts: Das Moratorium auf der Baustelle, das seit Oktober 2000 zur Unterbrechung der Bauarbeiten führte, wurde schon unter Rot-Grün nicht mit den planerischen Mängeln und den katastrophalen geologischen Befunden begründet. So ist zu befürchten, dass jetzt nach den Wahlen die Gorleben-Karte bei einer weiteren Endlager suche wieder ge-zückt wird.

# Filmen und Fotografieren verboten!

## Atomkraftgegner wehren sich gegen Ablichtung der Spaziergänge in Gorleben

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) soll das Filmen und Fotografieren von Demonstrations- teilnehmern am "Schwarzbau Gorleben" unverzüglich unterlassen und sicher stellen, dass bei den sonntäglichen demonstrativen Spaziergängen in Gorleben das Wachpersonal von dieser rechtswidrigen Praxis ablässt.

Das Verwaltungsgericht Münster hatte am 21.08.09 anlässlich der polizeilichen Videobeobachtung einer Demonstration im Juni 2008 schon die "bloße Aufnahme" eines Demogeschehens als rechtswidrigen Grundrechtseingriff bezeichnet. Das gelte auch, wenn die Polizei-Kamera die Bilder - ohne Speicherung - "nur" auf einen Monitor übertrage, erklärte die Richterin in der mündlichen Verhandlung.

Das ist vergleichbar mit dem Vorgehen des Sicherheitspersonals in Gorleben: Am 1. November 2009 - demon-

strierten erneut rund 50 Atomkraftgegnerinnen und -gegner gegen den Beschluss der schwarz-gelben Koalition, das Moratorium in Gorleben aufzuheben. Begleitet wurde der demonstrative Spaziergang, der ordnungsgemäß angemeldet war, von einer Einsatzhundertschaft aus Lüneburg.

Die Demonstration wurde permanent von dem Sicherheitspersonal auf der Endlagerbaustelle gefilmt und fotografiert. Den begleitenden Polizisten gegenüber hatten die Demonstrationsteilnehmer angezeigt, dass dieses Vorgehen gegen die Rechtssprechung verstößt. Er verwies an den Hausherrn der Baustelle.

Wir fordern das BfS auf, das Bildmaterial unverzüglich löschen zu lassen und zu veranlassen, dass Filmaufnahmen und Fotos unterbleiben. Ihre Anweisung an das Wachpersonal bitten wir Sie in schriftlicher Form und für uns überprüfbar zu geben. **Wir behalten uns eine Klage vor.**

Republik Freies Wendland

# Kein Kompromiss, nirgends

**Weiterbau in Gorleben oder Abriss – In Gorleben kann die neue Regierung nichts vernebeln**

Während die neue schwarz-gelbe Regierungs-konkalition mit Blick auf die Landtagswahl im Mai in Nordrhein-Westfalen und mögliche Massenproteste der Anti-Atom-Bewegung noch im Unklaren lässt, wann und wie sie die angekündigten Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke konkret angehen will, gibt es beim anderen atompolitischen Knackpunkt Gorleben kein Vernebeln und kein Verschleiern. Union und FDP haben angekündigt, das Moratorium für die Erkundung des Salzstocks aufzuheben – basta! Die Anti-AKW-Bewegung verlangt dagegen den Abriss des Erkundungsbergwerks. Auch SPD und Grüne können nach den Gorleben-Turbulenzen der vergangenen Woche kaum noch hinter die Forderung nach einer Aufgabe des (Endlager-)Standortes zurück. Für frühere rot-grüne Kompromisspositionen - Gorleben bleibt im Pool, wenn auch andere Standorte ernsthaft erkundet werden – gibt es keinen Platz mehr.

Der Salzstock im Wendland wird nach einem dubiosen Auswahlverfahren bekanntlich seit Ende der 70er Jahre auf seine Eignung als Endlager für hochradioaktiven Atommüll untersucht. Im Jahr 2000 handelte die damalige rot-grüne Bundesregierung mit der Energiewirtschaft den so genannten Atomkonsens aus. Ein Bestandteil war das Moratorium von bis zu zehn Jahren für Gorleben. Während der Zeit des Baustopps wollte die Regierung das weitere Vorgehen bei der Endlagersuche gesetzlich regeln. Daraus wurde trotz ernsthafter Ansätze etwa des Arbeitskreises Endlagerung („AK End“) nichts – sowohl die rot-grüne als auch die schwarz-rote Koalition wollten sich an der heißen Atommüllfrage letztlich nicht die Finger verbrennen und verschoben das Thema jeweils an die nachfolgende Regierung weiter.

Schon im Bundestagswahlkampf ließen Union und FDP keinen Zweifel daran, dass sie sich des

Themas nun annehmen wollen – und auf welche Weise. Führende Unionspolitiker erklärten, das Moratorium werde nun so schnell wie möglich aufgehoben und der Salzstock zu Ende untersucht. Auch Niedersachsens FDP-Umweltminister und Atomfan Hans-Heinrich Sander (FDP), der vor einigen Wochen plötzlich weitere mögliche Standorte in dem Bundesland ausplauderte und damit nicht nur in den betroffenen Regionen für Unruhe sorgte, spricht sich wieder für eine zügige Weitererkundung in Gorleben aus. Die neue Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Katherina Reiche (CDU), ist eine knallharte Gorleben-Befürworterin.

Union wie Liberale gehen davon aus, dass der Salzstock als Endlager taugt und die Deponie deshalb auch in absehbarer Zeit öffnen kann. Sie berufen sich dabei auf die Bewertung von angeblichen Fachleuten. Darunter sind auch solche „Experten“, die – wie das Münchner Helmholtz Zentrum – Land und Leuten das Asse-Desaster eingebrockt haben. Für die Erkundung weiterer Standorte sehen Union und Liberale deshalb keine Notwendigkeit.

Die Atomgegner bezweifeln bekanntlich die Eignung des Salzstocks und berufen sich ebenfalls auf Wissenschaftler. Ihre Bewertungen wurden in der Gorleben-Rundschau schon häufig wiedergegeben. Bestätigt fühlen sich die Bürgerinitiativen auch durch vor den Wahlen aufgetauchte Dokumente, die eine Einflussnahme der Bundesregierung von Helmut Kohl (CDU) auf die damals Feder führende Physikalisch-Technische Bundesanstalt mehr als nahe legen.

Und die Anti-Atom-Gruppen stehen damit nicht allein. „Es ist nachgewiesen, dass Gorleben nur durch politischen Druck und gegen den Rat von Experten einziger Standort für die mögliche Endlagerung von hochradioaktivem Müll wurde“,

sagt die Grünen-Europaabgeordnete Rebecca Harms. Auch Ex-Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) ist überzeugt, dass die Kohl-Regierung das maßgebliche Gorleben-Gutachten der PTB politisch beeinflusst hat.

„Gorleben ist verbrannt, Gorleben ist tot“, sagen die Atomkraftgegner. Was das in der Konsequenz bedeutet, ist in der Anti-AKW-Bewegung umstritten. Einige fordern, dass die Endlagersuche neu aufgerollt wird und Gorleben dabei außen vor bleibt. Andere halten an der alten Position fest, wonach erst alle AKW abgeschaltet werden müssen, bevor sich die Bewegung an einer Endlagersuche beteiligt. Einigkeit besteht wohl darin, dass die Aufhebung des Moratoriums als Fortsetzung des Endlagerbaus zu verstehen ist und einer gemeinsamen, kraftvollen Antwort bedarf.

Spannend dürfte werden, wie sich in der absehbaren Auseinandersetzung das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) als Betreiber des „Erkundungsbergwerks“ positioniert. Noch bis vor einigen Wochen hatte Behördenchef Wolfram König in Sachen Gorleben zur Zurückhaltung gemahnt und die Untersuchung (auch) weiterer Standorte verlangt. Als Umweltminister Sander nach der Wahl Königs Abberufung forderte, zeigte sich der BfS-Chef als loyaler Beamter. Laut „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ will König nun prüfen lassen, „wie die Erkundung zum nächstmöglichen Zeitraum wieder aufgenommen werden kann“. Zwar halte er den von Schwarz-Gelb geplanten Weg für „risikoreich“, dennoch wolle er den Sachverstand seines Hauses auch nach dem Kurswechsel in der Endlagerfrage einbringen. „Das Moratorium wird unverzüglich aufgehoben“, kündigte König der Zeitung zufolge an. Na denn.

Reimar Paul

## Manipulation machte Gorleben zum einzigen Endlager-Standort

**1975 wollte die Bundesregierung noch mehrere Salzstöcke vergleichen. Erst die Manipulation von wissenschaftlichen Aussagen über den Salzstock Gorleben durch die Politik ließen Gorleben zum einzigen Endlager-Standort werden. Die CDU tat diese Behauptungen als Wahlkampfgetöse ab. Doch nun finden sich im Internet Belege, die den Manipulationsvorwurf bestätigen.**

Umweltminister Gabriel hatte die Behauptungen der Bürgerinitiative Umweltschutz in den vergangenen Wochen immer wieder bestätigt. Die CDU dagegen, die zuletzt sogar Sigmar Gabriel selbst Manipulation der Akten vorgeworfen hatte, blieb Belege schuldig. Das Bundesumweltministerium belegt dagegen jetzt seinen Vorwurf im Internet mit einer Auswertung der Akten und dem Wortlaut von Protokollen. Danach steht fest: die Wissenschaftler der Physikalisch-technischen Bundesanstalt (PTB) gaben 1983 dem Drängen der Bundesregierung nach. Sie veränderten Wortlaut



und Inhalt ihrer Bewertung des Gorlebener Salzstocks. Damit schufen sie erst die Voraussetzung dafür, dass in der Folgezeit einzig und allein in Gorleben nach einem Standort für ein atomares Endlager gesucht wurde.

Eigentlich war es anders geplant. Die Akten zeigen, dass die Bundesregierung bei der Standortsuche für ein Nukleares Entsorgungszentrum (NEZ) davon ausging, dass mehrere Salzstöcke parallel untersucht werden müssten. Dieses Verfahren ist demnach keine Erfindung des Wahl-

kampfes 2009. Vielmehr fand unter dieser Voraussetzung 1975 die erste Auswahl möglicher Standorte statt. Die „Kernbrennstoff-Wiederaufarbeitungsgesellschaft“ (KEWA) hatte dafür drei Standorte ausgewählt. An ihnen sollte anschließend gebohrt werden. Gorleben gehörte nicht dazu.

### Mehrere Standorte im Gespräch

Schon die Vorbereitungen für die Bohrungen stießen 1976 auf Protest. Im selben Jahr wechselte die Landesregierung. Die neue CDU-Mehrheit setzte bei der Bundesregierung durch, dass erst einmal alle Bohrvorbereitungen gestoppt werden. Hannover wollte ein eigenes Auswahlverfahren absolvieren und danach einen Standort vorschlagen. Der Bund gab nach. Allerdings ging die Bundesregierung noch immer davon aus, dass mehrere Standorte benannt und mittels Bohrungen geprüft würden.

Dies war die Position von Bundeskanzleramt

und Innenministerium noch im Oktober 1976. Damals trafen sich die Vertreter der Landesregierung und des Bundes mit Betreibern in den Räumen der RWE. Mindestens fünf Tiefenbohrungen sollte es an jedem der auszuwählenden Standorte geben, steht in dem Protokoll des Gesprächs. Das würde ein Jahr in Anspruch nehmen. Erst danach sollte entschieden werden, an welchem Ort weiter gearbeitet würde.

Einen Monat nach diesem Treffen jedoch erhielten die Ministerialbeamten in Hannover den Auftrag, lediglich einen einzigen Standort auszuwählen. Mehr als einen wollte die Landesregierung nicht benennen. Andere Landesregierungen fühlten sich von der Forderung der Bundesregierung, mögliche Standorte für ein NEZ mit unterirdischem Endlager zu benennen, ohnehin nicht angesprochen.

Dabei hatte die Voruntersuchung der KEWA, hatten die Gutachter Wager und Lüttig sehr wohl auch Salzstöcke in anderen Bundesländern aufgelistet, in Schleswig-Holstein etwa. Mit der Forderung, ein eigenes Auswahlverfahren zu veranstalten, ging die Aufgabe zu einer Standortbenennung jedoch ausschließlich auf Niedersachsen über.

### **Geheime Kommandosache Gorleben**

Vier Wochen Zeit blieb den Ministerialbeamten in Hannover, eine Auswahl zu treffen und dem Kabinett einen Vorschlag zu machen. Wissenschaftliche Beratungsrunden, etwa die Weizsäcker-Runde beim Ministerpräsidenten, spielten bei diesem Verfahren keine Rolle. Sie werden in dem Kabinettsvorschlag nicht einmal erwähnt. Auch nachgeordnete Behörden durften nicht eingeschaltet werden. Das Auswahlverfahren, an dessen Ende Gorleben benannt wurde, lief als streng vertrauliche interne Angelegenheit der Landesregierung ab, als geheime Kommandosache.

Lediglich das Oberbergamt in Clausthal und das Landesamt für Bodenforschung wurde hinzugezogen. Und der TÜV. Der erstellte im Rahmen des Auswahlverfahrens im Oktober/November 1976 das einzige Gutachten unter sicherheitstechnischen Aspekten. Gorleben kam auch darin zunächst nicht vor. Sieger des Castings war ein Salzstock in Schleswig-Holstein. Gorleben wurde nachträglich, ebenso wie die Grube Mariagluck bei Celle, handschriftlich in der Expertise nachgetragen.

Einen Monat, nachdem der Auftrag an die Mini-

sterialen erging, einen Vorschlag zu machen, sollte das Kabinett entscheiden. Mitte Dezember 1976 wurde noch einmal vertagt. Am 22. Februar 1977 wurde das Ergebnis bekannt gegeben: Gorleben.

Allerdings war das kein weißes Kaninchen. Die Bundesregierung war vorher von der Absicht der Landesregierung informiert. Anders, als es die Mythenbildung um Gorleben will, hatte der Bund nichts Grundsätzliches wegen der Grenznähe gegen Gorleben einzuwenden. Allerdings sollte die Bekanntgabe des Standortes hinaus geschoben werden, bis die DDR informiert und mögliche Einwände von dort ausgeräumt worden seien. Gorleben war jedoch schon früher von den Gutachtern der KEWA abgelehnt worden. Ihre Ablehnung dieses Salzstocks war nicht mit der Grenznähe, sondern mit den erwarteten geologischen Bedingungen begründet. Der Grünen-Fraktionsvorsitzenden Stefan Wenzel hat ausführlich mit dem damaligen Gutachter Gerd Lüttig gesprochen. Man habe von DDR-Geologen gewusst, dass es im Wustrower Teil des Salzstocks Carnalit-Vorkommen gibt. „Wustrow enthielt Carnalit, deshalb kam Gorleben nicht in Frage,“ erinnert Wenzel die Angaben Lüttigs.

### **Weisung aus Bonn: nur noch einen Standort benennen**

All das galt jetzt im Auswahlverfahren des Landes nicht mehr. Nachdem die Landesregierung ausschließlich Gorleben als Standort benannt hatte, war die Bundesregierung schnell bereit, diesen Standort zu akzeptieren. Im Juli 1977, vier Monate nach der Bekanntgabe, war der angeblich so brisante Streitfall beseitigt. Allerdings ging die Bundesregierung noch mehrere Jahre lang davon aus, dass es doch zu einem Vergleich mehrerer Standorte kommen würde. Erst nachdem die PTB-Wissenschaftler den Weisungen der angezeigten Ministerialbeamten nachgegeben und ihre Bewertung von Gorleben veränderte hatten, beschloss auch das Bundeskabinett im Juli 1983 förmlich: es bestehe keine Notwendigkeit, andere Salzstöcke zu prüfen. Die Bewertung, die zu diesem Beschluss führte, hatte die Regierung mit ihrem Druck auf die PTB-Wissenschaftler selbst herbei geführt.

Den Vorgang dieser Einflussnahme listet das Bundesumweltministerium im Internet detailliert

auf. Der erste Entwurf für den Zwischenbericht der PTB 1983 enthielt die Aufforderung, neben Gorleben auch andere Standorte zu erkunden. Außerdem wurde vor möglichen Wassereintrüben über eine Anhydrit-Schicht gewarnt. Bei einer Besprechung dieses Berichtsentwurfs tauchten im Mai 1983 Vertreter der Bundesregierung in der Runde der Wissenschaftler in Braunschweig auf.

Über den Verlauf des Gesprächs, das als „gereizt und aggressiv“ bei Beteiligten in Erinnerung blieb, gibt es Erinnerungsprotokolle. Als „Weisung“ habe man auffassen müssen, was dort gesagt wurde. Das Bundesinnenministerium habe eindeutig erklärt, es wolle keine anderen Standortvorschläge als Gorleben. Entsprechende Passagen sollten aus dem Zwischenbericht der PTB entfernt werden. Außerdem sollte die Gefahr von Wassereintrüben „aus dem Zentrum der Betrachtung“ gerückt werden.

Zwei Tage nach diesem Gespräch bekamen es die Wissenschaftler auch noch schriftlich. Als „Erlas“ bezeichnet das BMU das Telex, das von Bonn nach Braunschweig ging. Es wurde der PTB nahe gelegt, „die Eignungshöflichkeit von Gorleben zu untermauern“. Für den Aufbau des Zwischenberichts sollten die eigens vom Bundesinnenministerium heraus gegebenen „Sicherheitskriterien für die Endlagerung radioaktiver Abfälle in Bergwerken“ nun auf einmal nicht mehr verwendet werden.

Das Innenministerium war gegenüber der PTB weisungsbefugt. Die Wissenschaftler knickten ein. In einer überarbeiteten Version wird dem Salzstock Gorleben nun die Eignungshöflichkeit zuerkannt, die in Version eins noch fehlte. Alle Erwartungen an Gorleben seien „voll bestätigt“ worden. Aber von der Aufforderung, doch lieber noch andere Standorte zu untersuchen, wollten die Wissenschaftler nicht lassen. Auch diese zweite Version wurde nicht veröffentlicht. Was am Ende herauskam, enthielt die Aufforderung zur Erkundung alternativer Standorte weisungsgemäß nicht mehr. Dagegen erschien Gorleben nun als nahezu idealer Kandidat. Die Bundesregierung konnte ihre Absicht, mehrere Standorte zu erkunden, offiziell aufgeben. Dabei blieb es.

**Nach dem Willen der aktuellen Koalition soll es dabei auch weiterhin bleiben.**

*Karl-Friedrich Kassel*

### **Wir sind „Endlager-Papst“?**

Der Papst hat Laune. Nein, nicht Ratzfatz nach Rom. Den meine ich nicht. Ich meine den, der den ganzen Asse-Schlamassel auf dem Gewissen hat, daran aber nicht im Mindesten schwer zu tragen hat, wie man sich am 5.11 im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Asse (PUA) überzeugen konnte. Sehr kühn blieben seine Antworten auf 5 Stunden bohrende Fragen, zäh auch mit 71 noch, unbelehrbar trotz seiner ganzen Fehleinschätzungen.

Ja, die wissenschaftliche Schlüsselfigur für die Asse-Atommüllkippe bleibt Prof. Dr. Klaus Kühn. Der langjährige Leiter des Instituts für Tiefagerung (IfT) hätte von Anfang an, also seit Mitte der 1960er Jahre, die Untauglichkeit der Asse für eine Atommüllagerung feststellen MÜSSEN.

Obwohl Kühn im PUA leugnete, zu Gorleben gearbeitet zu haben, ist dies aber klar erwiesen. Als Mitglied der Internationalen Länderkommission Kerntechnik (ILK) hat er trotz aller gegen Gorleben sprechenden Fakten mehrfach, zuletzt 07, für die Fortsetzung eines Endlagerprozesses in Gorleben plädiert.

Kühn war an allen Sicherheitsstudien für die Asse beteiligt und hat 1966 vor (!!) Einlagerungsbeginn in der Asse auch die Ursachen für abgeoffene Kalibergwerke gesichtet. Eine Ursache von Wassereintritten sei gewesen, so Kühn auf meine Nachfrage, dass Bergwerke zu nah ans Deckgebirge gebaut worden wären. Genau dies liegt aber in der Asse vor, und das war schon beim Zeitpunkt des Kaufs der Asse für die Einlagerung von Atommüll bekannt. In seinen Gutachten 1966/67 hat Kühn diesen geringen Abstand auch einge-

räumt, allerdings „durchlaufen“ lassen und der Asse bekanntermaßen sogar einen „Freifahrtschein“ ausgestellt.

In einem Zeitungsartikel in der Braunschweiger Zeitung vom 25.4.1990 forderte Kühn für eine „sichere“ Einlagerung von Atommüll in Salz einen notwendigen Abstand der Bergwerkskammern zum Deckgebirge von wenigstens 200 m und bezifferte die dünnste Stelle in der Asse mit gerade mal 20 m, wie ich ihm vorhielt. Der „Endlager“-Papst bestätigte alle diese Fakten und damit auch die Untauglichkeit der Asse von Beginn an. Das konnte er auch ruhig, die gesamten MedienvertreterInnen waren inzwischen erschöpft in den Feierabend verschwunden.

Der Skandal ist nicht nur, dass absurderweise ausgerechnet dieser „Wissenschaftler“ 1990 nur wenig später das Bundesverdienstkreuz für seine herausragenden Leistungen für die atomare Endlagerung bekam. Er hat die Ursachen für Wassereintrüben gekannt, sie 1966/67 benannt und trotzdem der Atommüllkippe Asse den Weg bereitet. Die Mindestabstände haben er und andere Entscheidungsträger aber über Jahrzehnte ignoriert und dethematisiert. War damit Prof. Kühn nicht der willfährige Wissenschaftler für die Atomindustrie - und zwar bis heute? Fachbehörden segneten seine „Ergebnisse“ ab und die atomfreundlichen Politiker beschlossen den fatalen Weg ins Asse-Desaster. Kritiker wurden als Störer abqualifiziert. Und in Gorleben soll es genau so weitergehen.

*Kurt Herzog*

# In Ahaus soll wieder Atommüll rollen

20. Dezember, 14 Uhr: Demo am Zwischenlager !!

**Am 15. November demonstrierten mehr als 150 AtomkraftgegnerInnen in Ahaus gegen die Pläne von CDU, FDP und der Atomindustrie wieder massiv Atommüll nach Ahaus schicken zu wollen. Nach 17 Betriebsjahren steht das „Zwischen“-Lager noch immer zu 90% leer – das will die Atomlobby auf keinen Fall dulden.**

Deshalb genehmigte die Bezirksregierung Münster am 11. November den Transport u. a. von „Bauschutt, Papier, Putzlappen, Metallschrott und ausgebauten Anlagenteilen“ aus dem „Betrieb und der Stilllegung deutscher Kernkraftwerke“. Das radioaktive Zeug soll in Beton, Guss und Stahl verpackt sein oder aber „unverpackt oder in Folie verpackt“ für 10 Jahre nach Ahaus gebracht werden. Laut Presseberichten sollen „mehrere Transporte pro Woche“ per Bahn und LKW rollen, die Verpressung erfolgt u. a. in der bisher fast unbekanntes GNS-Konditionierungsanlage in Duisburg-Wanheim. Dagegen formiert sich in Ahaus und in der Region wie in der Vergangenheit Widerstand, denn die ersten Transporte können noch vor Weihnachten rollen.

Das Genehmigungsverfahren lief seit 2006 unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Die Bezirksregierung Münster teilt nicht einmal mit, woher der Atommüll kommen soll, wie viele Transporte anfallen sollen oder wie hoch die Strahlenbelastung tatsächlich ist. Auch ist völlig unklar, warum für den vergleichsweise kurzen Genehmigungszeitraum von 10 Jahren überhaupt Transporte notwendig sind. Völlig klar ist allerdings, dass die Bezirksregierung plant, den radioaktiven Müll später von Ahaus im Schacht Konrad einzulagern, das „voraussichtlich ab 2014 zur Verfügung steht“.

Ein wahrscheinlicher Absender des Atommülls ist das Kernforschungszentrum Jülich, wo nach BfS-Angaben „aktivierte sperrige Abfälle“ und „vernachlässigbar wärmeentwickelnde Abfälle“ lagern – also genau wie in der Ahaus-Genehmigung beschrieben. Weitere Kandidaten sind die oben genannte GNS-Konditionierungsanlage in Duisburg, die selbst „für zwei bis vier Jahre“ Atommüll lagern darf, sowie die stillgelegten AKWs Würgassen und Mülheim-Kärlich.

So weit, so schlecht. Doch im Hintergrund warten schon 152 Castor-Behälter aus dem Kernforschungszentrum Jülich mit Brennelement-Kugeln

aus dem stillgelegten AVR-Reaktor auf eine Transport-Genehmigung nach Ahaus. Laut Ahaus-Betreiber könnte auch diese Genehmigung noch 2009 erteilt werden. Für den Transport vom Niederrhein ins Münsterland hält man sich ebenfalls den Schienen- und Straßenweg offen.

Besonders pikant sind zwei Dinge an den Transporten: Erstens gehört Jülich zu 90% dem Bund und zu 10% dem Land, ist also voll in staatlichem Besitz. Auch Ahaus ist übrigens inzwischen halbstaatlich. Über die Evonik besitzen Bund, NRW, Saarland und die Gewerkschaft IGBCE (!) 45% der Anteile am Zwischenlager. Die anderen 55% gehören über die GNS der Atomindustrie.

Zweitens: Noch 2004 hatte die Landes-CDU in der Opposition gefordert, dass der Bevölkerung Atommülltransporte nach Ahaus solange „nicht zumutbar sind, wie die Frage der Endlagerung in Deutschland ungeklärt ist.“ Davon ist heute bei Ministerpräsident Rüttgers nichts mehr zu hören.

Bereits seit 2006 läuft zudem ein drittes Genehmigungsverfahren beim Bundesamt für Strahlenschutz. Dabei geht es um 150 Castor-ähnliche Großbehälter mit „mittelaktiven“ Brennelement-Strukturteilen und -Hülsen aus der Plutoniumfabrik La Hague.

Warum jetzt neuer Atommüll nach Ahaus? Darauf gibt es mehrere Antworten. Erstens: Gerade weil eine sichere Endlagerung völlig in den Sternen steht, müssen die untauglichen Zwischenlösungen unbedingt voll ausgeschöpft werden. Zweitens will man mit den Transporten in Zusammenhang mit den anstehenden Laufzeitverlängerungen den Anschein erwecken, in Deutschland sei die Entsorgung von Atommüll kein Problem. So versuchte der neue Bundesumweltminister Röttgen just an dem Tag, als die Ahaus-Genehmigung veröffentlicht wurde, das reale Atommüllproblem kleinzureden. Das ist kein Zufall – ohne öffentlich verkaufbare Atommüllentsorgung wird es schwerer, die Laufzeitverlängerungen politisch zu rechtfertigen. Und drittens verlängert jeder neue Transport nach Ahaus die Betriebsdauer des Zwischenlagers nach hinten. CDU und FDP verschaffen mit dieser staatlichen Atommüllverschieberei der Atomindustrie also wieder mal mehrere Jahre Luft (wie groß das Atommüllproblem ist, zeigt sich schon im benachbarten Gronau, wo ab 2011 ein Zwischenlager für 60 000 Tonnen Uranoxid gebaut werden soll).

Aber noch ist die Sache nicht gelaufen. Wenn in Ahaus, in Duisburg, in Jülich und entlang der Transportstrecke der Widerstand in den kommenden Wochen und Monaten spürbar zunimmt, werden die geplanten Atomtransporte kein Selbstläufer. Angesichts der Masse an Behältern und Castoren ist mit zahlreichen Einzel- und Großtransporten zu rechnen. 2005 zeigte sich bei den Rossendorf-Castoren nach Ahaus, dass der Widerstand in Ahaus sich von Woche zu Woche deutlich steigerte. Und in Ahaus haben schon jetzt wieder erste Aktionen stattgefunden, darunter die Demo am 15. November. Am 21. November findet in Köln ein landesweites Treffen zu Ahaus und den Urantransporten statt.

Für die Anti-Atom-Bewegung wird Ahaus eine große Herausforderung werden. Gelingt es in Ahaus, bei den anstehenden Atommülltransporten auch nur annähernd Verhältnisse wie in Gorleben zu schaffen, steht Ahaus vor dem endgültigen Aus. Gleichzeitig haben große Proteste natürlich Auswirkungen auf die Debatte um die Laufzeitverlängerungen. Denn in NRW wird im Mai 2010 gewählt, EON und RWE haben ihre Konzernzentralen quasi direkt an der Transportstrecke von Jülich nach Ahaus.

Den Anti-Atomkraft-Initiativen im Münsterland geht es nicht nur um Ahaus, sondern um die gesamte Atompolitik, die von Schwarz-Gelb und RWE/EON betrieben wird.

Deshalb rufen zahlreiche Initiativen für den 20. Dezember um 14 Uhr zu einer großen Demonstration vor dem Zwischenlager in Ahaus auf. Kommt nach Ahaus und zeigt der Atomindustrie die Rote Karte! Wir wollen zum Jahresende ein starkes politisches Zeichen gegen die Atommüllverschieberei und gegen die herbei geredete „Renaissance“ der Atomenergie setzen.

Jeden dritten Sonntag im Monat findet um 14 Uhr der traditionelle Sonntagsspaziergang in Ahaus statt und am 24. April 2010 wird wahrscheinlich in Ahaus eine der drei bundesweiten Tschernobyl-Großdemos stattfinden – Atomausstieg bleibt Handarbeit!

*Da sich momentan täglich etwas tun kann in Ahaus und Umgebung gibt es aktuelle Protest-Infos unter: [www.bi-ahaus.de](http://www.bi-ahaus.de), [www.sofa-ms.de](http://www.sofa-ms.de), [www.kein-castor-nach-ahaus.de](http://www.kein-castor-nach-ahaus.de)  
M Eickhoff*

## Farbenlehre

Albtraum Atommüll! Der Albtraum hat Farben: Schwarzgelb. Die Schwarzgelben sind in die Regierung gestolpert und wollen dafür sorgen, dass weiterhin Atommüll produziert wird, den sie hier im Schacht verbuddeln wollen. Das erinnert an das Versteckspiel kleiner Kinder, die sich die Augen zuhalten und dann sagen: ich bin weg. Nur haben wir es hier nicht mit den Kleinen zutun. Es sind Erwachsene, und sie wissen was sie tun. Wie nennt man Menschen, die im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte sind und wider besseren Wissens Müll produzieren lassen, der das Leben vieler kommender Generationen gefährdet? Die jungen Leute hier in ihren dunkelblauen oder schwarzen Uniformen würden, wenn sie dann ausgelernt haben, mit solchen Leuten dienstlich zu tun haben.

Ich fürchte, der Truppe, die uns nun vier Jahre regieren wird, steigt nicht die Schamesröte ins Gesicht, wenn ihre Enkel sie dereinst fragen werden: warum habt Ihr so verantwortungslos gehandelt?

Diese Damen und Herren haben keinen Hexenmeister wie der Zauberlehrling, der die Geister, die sie riefen, wieder bändigt. Man wird auch nicht

zum Hexenmeister, wenn man als selbst ernannter Gorlebenexperte und weißblauer Minister behauptet, der Salzstock ist sicher.

Herr Söder ist einfach nur dreist und will den Müll nicht im eigenen Haus haben.

Ich hoffe, dass die Roten und die Grünen in der Opposition Politik machen, dass die Farben ihre Berechtigung haben. Zweifel kann man da schon haben. Zum Glück ist Herr Joseph Fischer nicht mehr maßgeblich. Sein Job als Berater des Siemenskonzerns wird wohl nicht das verkaufen von Staubsaugern sein. Der ist so dunkelgrün wie eine reife Avocado bevor sie schwarz wird.

Wir werden die Schwarzgelben ärgern auf den Straßen und Plätzen. Wir haben einen langen Atem, wie der Widerstand im Wendland und anderswo beweist.

Dieser Widerstand ist bunt, lebenslustig und fantasievoll. Zeigen wir es an den Sonntagen. Und es werden viele werden. Beteiligt euch mit kulturellen Talenten. Die Schwarzgelben sollen ihr blaues Wunder erleben.

*Peter Bernet,  
Sonntagsspaziergang am 1. November 2009 um das Bergwerk Gorleben*

# Gronau: Nikolaus belohnt am 6.12. die AtomkraftgegnerInnen

**Rund 20 AtomkraftgegnerInnen beteiligten sich am 1. November an der Urananreicherungsanlage (UAA) im westfälischen Gronau an dem sogenannten Sonntagsspaziergang. Die Sonntagsspaziergänge in Gronau haben eine lange Tradition, der erste fand im 1986, also im Tschernobyl-Jahr, statt. Seitdem haben die Sonntagsspaziergänge ohne Unterbrechung immer am ersten Sonntag im Monat stattgefunden.**

Die Beteiligung schwankt zwischen 2 und 200 TeilnehmerInnen. Diese kommen überwiegend aus dem deutschen Grenzgebiet, aber auch aus den Niederlanden. Für den Dezember-Spaziergang (6.12.) hat sich bereits der Nikolaus angekündigt. Er wird pünktlich um 14 Uhr an der UAA sein und dort alle AtomkraftgegnerInnen belohnen.

Der Urenco-Konzern, der die UAA Gronau (und auch die Urananreicherungsanlagen in Almelo / NL und Capenhurst / GB) betreibt, wird niX Süßes bekommen. Gerade in der jüngsten Zeit ist Urenco massiver Kritik ausgesetzt. Der Grund: Der Konzern, an dem auch maßgeblich RWE und E.ON beteiligt sind, produziert ein unglaubliches Atommüll-„Entsorgungs“-Chaos. Zum Hintergrund: Beim Betrieb der UAA Gronau fällt in großen Mengen das sogenannte abgereicherte Uranhexafluorid (UF6) an. Von dieser speziellen Atommüll-Sorte dürfen in Containern neben der UAA rund 40.000t abgereichertes UF6 gelagert werden. Damit das Freilager aber

nicht zu schnell voll wird, wurden fast 30.000 Tonnen von diesem Material nach Russland verbracht. Nach jahrelangen Protesten deutscher und russischer AtomkraftgegnerInnen fand im August 2009 der letzte UF6-Transport von Gronau nach Russland statt. Der bis Ende 2009 befristete Liefervertrag wird nicht verlängert – ein Erfolg, den sich die internationale Anti-Atomkraft-Bewegung auf ihre Fahnen schreiben darf. Doch die Hände dürfen nicht in den Schoß gelegt werden: Das abgereicherte UF6 aus Gronau hat ein weiteres Ziel: Frankreich. Dort soll es in Uranoxid und Fluor aufgetrennt werden. Und das rückgewonnene Uranoxid soll wieder auf die Reise Richtung Gronau gehen. Hier soll demnächst neben der UAA ein Hallen-„Zwischenlager für rund 60.000 Tonnen Uranoxid gebaut werden. Die Baugenehmigung wurde bereits 2005 zusammen mit dem Ausbau der UAA-Kapazität erteilt (unter rot-grün in Düsseldorf und Berlin).

Doch auch die „Entsorgung“ im „Zwischenlager ist Augenwischerei. Das Uranoxid soll ja in Gronau eben nur „zwischenlagert“ werden. Irgendwann soll es in ein Endlager kommen, das aber ist nicht in Sicht. Das heißt: In Gronau wird mit der zunehmenden Anreicherungs-kapazität immer mehr abgereichertes UF6 anfallen, anderweitig verarbeitet und wieder in Gronau gelagert. Dauerhaft! Der ganze Spuk ist zwischendurch mit zahllosen, hochgefährlichen Transporten (LKW; Sonderzüge) verbunden. Und letztlich wird das Uranoxid-Zwischenlager in Gronau, falls es nicht

verhindert werden kann, ein Endlager werden. Deutlicher kann es kaum werden: Das Atommüllproblem ist ungelöst – es herrscht Chaos.

## Was tun?

Derzeit sind verschiedene Ansatzpunkte gleichermaßen wichtig: Über die zahlreichen Urantransporte quer durch Europa und darüber hinaus (Stichwort: Uranabbau) muß die Öffentlichkeit noch mehr informiert werden – und eine Transportroute nach der anderen muss verstopft werden. Gleichzeitig gilt es, sich für die sofortige Stilllegung der UAA Gronau zu engagieren. Sie verursacht Uranabbau und Urantransporte, sie strahlt vor sich hin und produziert Brennstoff für AKW und Atommüll für die Ewigkeit. Und: Die von Urenco genutzte Zentrifugentechnik zur Urananreicherung ist grundsätzlich „optimal“ zur Produktion von hochangereichertem Uran geeignet, das in Atomwaffen zum Einsatz kommen kann: Auch Pakistan und der Iran arbeiten mit dem Zentrifugenverfahren. Schon in früheren Jahren gab es Ostermärsche zur UAA Gronau, bei denen zivil-militärische Aspekte thematisiert wurden. Ostersonntag 2010 soll es an der UAA Gronau wieder eine Ostermarschaktion geben. Weitere Informationen dazu, aber auch zu den Urantransporten, und zu anderen Themen rund um die Uranindustrie, gibt es beim Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, c/o Siedlerweg 7, 48599 Gronau, 02562-23125, [www.aku-gronau.de](http://www.aku-gronau.de)

Udo Buchholz, Gronau, Aktivist des AKU Gronau und Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

## Niedrig dosierte Strahlung als Ursache für Herzerkrankungen und Schlaganfall

### Ergebnisse zu strahlungsbedingten Risiken bei Mitarbeitern von Kernkraftwerken bestätigt

Die Risiken von Herzerkrankungen und Schlaganfall durch niedrig dosierte Strahlung z.B. in Krankenhäusern oder bei zahnärztlichen Röntgenaufnahmen wurden bislang grob unterschätzt, so das Ergebnis einer teils durch die Europäische Kommission finanzierten Studie. Die vergangene Woche im Fachblatt Public Library of Science (PLoS) Computational Biology veröffentlichten Ergebnisse bestätigen frühere Studien zu strahlungsbedingten Risiken bei Mitarbeitern von Kernkraftwerken.

Das Forscherteam am Imperial College London, Vereinigtes Königreich, entwickelte ein Computermodell zur Vorhersage von Herz-Kreislauf-Risiken durch niedrig dosierte Strahlung. Herzerkrankungen und Schlaganfall, die beiden häufigsten Todesursachen in entwickelten Industrieländern, stehen, wie das Modell zeigte, in starkem Zusammenhang mit der empfangenen Strahlendosis.

Die Studie ist Teil des fünfjährigen EU-finanzierten Projekts CARDIORISK (Wirkmechanismen kardiovaskulärer Risiken nach Niedrig-Dosis-Strahlenexposition), das mit 3,8 Mio. EUR unter dem Themenbereich Euratom-Kernspal-

tung des Siebten Rahmenprogramms (RP7) gefördert wurde.

Herzerkrankungen und Schlaganfall mit Todesfolge oder Schwerbehinderung sind eine enorme Belastung für die Gesundheitssysteme der Industrienationen. Allein im Vereinigten Königreich sind Herzerkrankungen Todesursache Nummer 1 und fordern jährlich mehr als 125.000 Opfer. Obwohl Herzerkrankungen hauptsächlich auf eine ungesunde Ernährungsweise zurückgeführt werden, stellten die Autoren der Studie eine zunehmende Gefährdung beruflich vorbelasteter Gruppen wie Mitarbeiter von Kernkraftwerken fest.

In der Forschung ist seit Längerem bekannt, dass Patienten, die eine hoch dosierte Strahlentherapie erhalten haben, häufiger an kardiovaskulären Erkrankungen leiden, da solche Therapien Entzündungen in Herz und Arterien verursachen können. Kürzliche Studien führen Herz-Kreislauf-Erkrankungen jedoch auf sehr viel niedriger dosierte Strahlendosen zurück, wie sie beispielsweise in Kernkraftwerken auftreten. Die Hintergründe für diesen Zusammenhang sind allerdings noch nicht geklärt.

Das Forscherteam um Dr. Mark Little vom Imperial College London untersuchte die Hypothese, dass Bestrahlung ein Absterben der Mono-

zyten (eine bestimmte Art von weißen Blutzellen) in den Arterienwänden bewirkt, die ansonsten an das Protein MCP-I (Monozyten-chemoattraktiven Protein-I) binden würden. Im Ergebnis dessen verursachen höhere MCP-I-Konzentrationen Entzündungsreaktionen, die zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen führen.

Wie die Autoren der Studie erklärten, besteht "ein erhöhtes Risiko für kardiovaskuläre Erkrankungen für eine Reihe beruflich exponierter Gruppen, die fraktionierter Strahlung in niedrigen Dosen ausgesetzt sind. Auf welche Weise es zu den Schäden durch fraktionierte Niedrig-Dosis-Strahlenexposition kommt, ist jedoch noch weitgehend ungeklärt."

Geplant ist die weitere Erforschung der biologischen Prozesse, die strahlungsbedingten Herzerkrankungen zugrunde liegen.

erschienen am 28.10.09, [www.europaticker.de](http://www.europaticker.de)  
H. Stephani

Weitere Informationen erhalten Sie unter:  
Imperial College London: <http://www3.imperial.ac.uk/>  
PLoS Computational Biology:  
<http://www.ploscompbiol.org/home.action>  
Weitere Informationen zu EU-finanzierter Gesundheitsforschung erhalten Sie unter:  
[http://ec.europa.eu/research/health/index\\_en.html](http://ec.europa.eu/research/health/index_en.html)

## Dezember und später ...

**Immer mittwochs 17 - 19 Uhr StromweXelstube im BI-Haus in Lüchow**

- 6.12., 13 Uhr**, Sonntagsspaziergang am „Erkundungs“bergwerk Gorleben, 16 Uhr Lesung mit Hanna Poddig im Bildungszentrum Durchblick. Lüchow, Am Wasserturm, Bergstraße 9
- 13.12., 13 Uhr**, Sonntagsspaziergang am „Erkundungs“bergwerk Gorleben
- 15.12., 20 Uhr**, Treffen MOX-Bündnis, Werkstatt 3, Hamburg
- 17./18.12.**, Welt-Klima-Gipfel in Kopenhagen, [www.klimaktiv.de](http://www.klimaktiv.de)
- 20.12. 13 Uhr**, Sonntagsspaziergang am „Erkundungs“bergwerk Gorleben
- 20.12. 14 Uhr**, Sonntagsspaziergang „Da habt ihr eure Bescherung“ zum AKW Biblis, Treffpunkt am Bahnhof, [www.castor-stoppen.de](http://www.castor-stoppen.de)
- 20.12. 14 Uhr**, Demo vor dem Zwischenlager Ahaus Motto: „Atomausstieg ist Handarbeit – Atomausstieg jetzt!“ , [www.kein-castor-nach-ahaus.de](http://www.kein-castor-nach-ahaus.de)
- 21.12. 16.30 Uhr**, Treffen zum Niedersachsen-Aufruf gegen Atomenergie, IG Metall Bezirk Niedersachsen Sachsen-Anhalt, Hannover, Postkamp 12 (Nähe Klagesmarkt) Raum E.2.OG, [www.niedersachsen-gegen-atomkraft.de](http://www.niedersachsen-gegen-atomkraft.de)
- 27.12. 13 Uhr**, Sonntagsspaziergang am „Erkundungs“bergwerk Gorleben
- 31.12. 22 Uhr**, Tanzen bis zum Wachschatz kommt am „Erkundungs“bergwerk
- 1.1.10 14 Uhr**, Neujahrsempfang am „Erkundungs“bergwerk Gorleben
- 17.1.10**, Große Rallye im „Dreieck von BURE“, [www.burestop.org](http://www.burestop.org)
- 17.1.10 14 Uhr**, Sonntagsspaziergang „Neujahrsempfang“ zum AKW Biblis, Treffpunkt Bahnhof, [www.castor-stoppen.de](http://www.castor-stoppen.de)
- 18.1.10 11.15 Uhr**, Prozeß Cecile Amtsgericht Münster, Saal 102B, [www.sofa-ms.de](http://www.sofa-ms.de)
- 22.2.10**, Standortbenennung (1977)
- 23.1.10**, Autobahn-Aktionstag „Dem Castor entgegen“ von Ahaus über Duisburg und Krefeld nach Jülich, [www.kein-castor-nach-ahaus.de](http://www.kein-castor-nach-ahaus.de)
- 24.1.**, Wir fahren mit der Atommafia Schlitten, Umrundung des „Erkundungs“bergwerks Gorleben

## Wiederkehrende monatliche Termine

- Jeden Sonntag 14:00 Uhr, Gorlebener Gebet
- Jeden 1. Sonntag 14:00 Uhr, Gronau [www.aku-gronau.de](http://www.aku-gronau.de)
- Jeden 3. Sonntag 14:00 Uhr, Sonntagsspaziergänge am Zwischenlager, BI-Ahaus
- Jeden 6. eines Monats ab 14.00 Uhr, Am Tor des AKW Brokdorf Mahnwache

## "Das weiche Wasser bricht den Stein"

### Ich sitze vor dem Castor.

Ich, alter Mann, für manche ein sehr alter, sitze auf einer Lage Stroh auf einem Wiesenstück, vor mir ein hoher Maschendrahtzaun und dahinter, silberglänzend, ein mächtiger Metallkasten, der "Castor". Nachdenklich betrachte ich das Ungetüm. In seinem Innern also lauert tausendfacher Tod auf seine Befreiung, schon seine Umgebung ist gefährlich, kann seine Strahlung Leben zerstören. Vor dem Teufelsding, hinter dem Zaun, stehen drei Männer, Polizisten. Wissen sie, dass sie ununterbrochen bestrahlt werden?

Wenn man so sitzt und wartet, ohne genau zu wissen auf was, ob nur darauf, weggetragen zu werden oder auf den Wasserwerferstrahl oder auf Prügel mit dem Polizeiknüppel, dann komme ich ins Grübeln. Warum sitze ich hier? Wer sitzt hier noch? Frauen, Männer, alte, junge. Einer spielt Klampfe, einige singen, eine fast fröhliche Stimmung, aber doch dahinter ist Nachdenklichkeit zu

spüren. Im Hinterkopf haben wohl alle das, was kommen wird, heute Abend, heute Nacht, wenn es los geht. Sie sind so sehr unbewaffnet, sie wirken so harmlos. Manche haben nicht einmal einen ausreichenden Schutz gegen Wasser. Ich habe Glück, dem alten Mann verpassten sie ein Privatquartier. Aber manche werden eine schlimme Nacht haben.

Und dann sehe ich mir die drei Polizisten an. Kräftige, breitschultrige Männer, betrachten sie – lächelnd wie mir scheint – die lockere Ansammlung ziviler Menschen da vor ihnen – ihre präsumptiven Opfer. Das "Opfer" ist mir so herausgerutscht, eigentlich wollte ich es noch gar nicht sagen. Aber wenn ich die so sehe, noch ohne Helm, Knüppel und Schild, aber schon in ihrer Rüstung wie im Mittelalter mit Brust- und Rückenschild, gepanzerten Armen und Beinen, und dann uns hier – mehr als Opfer sind wir nicht für diese kriegerisch aufgemotzten – und nun kommt unvermeidlich das Wort, das ich eigentlich vermeiden wollte – "Bullen".

### Wer eigentlich provoziert hier?

Ich komme mir sehr klein vor, wie ich da so hocke und die größte Staatsmachtentfaltung der Republik erlebe, so hilflos.

### Untertanen sollen nicht grübeln.

Denn nun grübele ich: "Staatsmacht?" Sind wir, das Volk, nicht der Staat? Und ist nicht die Mehrheit gegen die Atomenergie? Sind das also nicht eigentlich "unsere" Polizisten? Müssten sie nicht uns gegen den Castor schützen? Wen also schützen sie dann? Sie schützen – der Gedanke geht mir nicht aus dem Kopf – die Atomindustrie. Angela (das steht für Engel) Merkel, Pastorentochter, für mich eine junge Frau, ist der Schutzengel der Atomwirtschaft. Nur um deren Interessen geht es hier. Und nun weiß ich, dass ich hier richtig bin, schon wegen meiner Kinder, Enkel, bald Urenkel. Wir, die wir hier sitzen, unbewaffnet, friedfertig, trotzig und entschlossen, wir sind es, die die Demokratie verteidigen, nicht die Polizisten, von Politikern missbraucht für die Interessen einer letztendlich tödlichen Technik.

Am nächsten Abend erleben wir die Einfahrt der Castoren ins "Zwischenlager". Aber es ist kein Sieg der Angela Merkel und ihrer Hintermänner. Der Castor-Transport ist erkämpft mit gewaltiger technischer und personeller Überlegenheit und mit massiver, manchmal brutaler Gewalt und polizeilichen Übergriffen. Aber alle Welt spricht vom Widerstand der mehr als Zehntausend.

**Es wird zutreffen, was wir am Abend sangen:  
"Das weiche Wasser bricht den Stein."**

*In Memoriam Hans-Joachim Lemme,  
er verfasste diesen Text in Frankfurt am 7.3.1997, damals 91 Jahre alt.  
Der Autor verstarb im Jahr 2009*

## Ich abonniere die Gorleben Rundschau

ab der nächsten Ausgabe.

- Bitte schickt mir jeweils ein Exemplar (EUR 15 pro Jahr)
- Bitte schickt mir jeweils 10 Exemplare (EUR 50 pro Jahr)
- Bitte schickt mir jeweils 100 Exemplare (EUR 120 pro Jahr)
- Ich erteile hiermit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. eine Einzugsermächtigung für mein Konto.

Konto-Nr.: .....

BLZ: .....

Geldinstitut: .....

Name: .....

Adresse: .....

Datum, Unterschrift .....

Ausschneiden und abschicken an: BI-Büro, Rosenstr. 20, 29439 Lüchow,  
Konto der BI: KSK Lüchow, BLZ 258 501 10, Konto: 004 406 072 1  
Das Abo kann jederzeit zum Jahresende gekündigt werden.

## Impressum

Die Gorleben-Rundschau erscheint 10-12 mal jährlich und wird herausgegeben von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V..

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Für Neuerungen, produktive Anregungen und LeserInnenbriefe sind wir immer ansprechbar. Es ist erwünscht, eigene Texte zum Thema Atomkraft, Gorleben und erneuerbare Energien einzubringen; sie werden gerne veröffentlicht, sofern sie in den Kontext der Ausgabe passen.

**Redaktion:** H. Eckert, W. Ehmke

**Bildmaterial:** A. Conradt/PubliXviewinG

**Mitarbeit:** S. Westphal, R. Paul, K.-F. Kassel, K. Herzog, U. Buchholz, M. Eickhoff, H. Stephani - [www.europaticker.de](http://www.europaticker.de), P. Bernet

**Versand & Termine:** L. Wente

**Auflage:** 1000

**BI Büro:** Rosenstr. 20, 29439 Lüchow

Fon: 0584 1/4684, Fax: 0584 1/3197,

[buero@bi-luechow-dannenberg.de](mailto:buero@bi-luechow-dannenberg.de)

[www.bi-luechow-dannenberg.de](http://www.bi-luechow-dannenberg.de)

**Öffnungszeiten:** Mo, Mi, Fr, Sa 9 - 12 Uhr, Di + Do 15 - 18 Uhr